

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Galle mit 15 Pf. bezahlt und in der Expedition von unten Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Bekleben die Zeile 50 Pf. Einleitend höchstens 10mal; Sonntags und Feiertagen einmal, sonst 10mal täglich.

[Der Abdruck anderer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Paale-Beitrag.

Einunddreißigster Jahrgang.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
jeweiliger Bestellung 2,75 M., durch
die Post 3 M., monatlich 2 M., bei
einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren.
Bestellungen werden die festlich geschickten Ertrags
nach der Königshütte, wofür ich unter Führung des General-
direktors Jungblaus die Hütte in allen Theilen besichtige. So-
dann wurde in einem eigens errichteten Saal ein Frühstück ein-
genommen. Von hier begab sich der Kaiser direkt zum Bahnhof,
von wo um 8 1/2 Uhr mittels Sonderzuges die Weiterfahrt nach
Weich erfolgte.

Nr. 533.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 13. November.

1897.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Berlin, 12. Nov. Der Kaiser traf heute nachmittag 2 1/2 Uhr in Königshütte ein und begab sich alsbald nach Begrüßung der zum Empfangen anwesenden Herren mit dem Kaiser seine Begleitung durch die festlich geschickten Ertrags nach der Königshütte, wofür ich unter Führung des General- direktors Jungblaus die Hütte in allen Theilen besichtige. So- dann wurde in einem eigens errichteten Saal ein Frühstück ein- genommen. Von hier begab sich der Kaiser direkt zum Bahnhof, von wo um 8 1/2 Uhr mittels Sonderzuges die Weiterfahrt nach Weich erfolgte.

Aus Wien wird uns telegraphirt: Zur Einweihungsfeier der durch die Guld der Kaiserin prächtig erneuerten hiesigen Schloßkirche erschien die Kaiserin in Begleitung des Kronprinzen und des Prinzen Oskar Friedrich, gefolgt von dem Ober- Hofmeister Freiherrn v. Wittich, dem Militär-Gouverneur der kaiserlichen Armeen, General v. Döberst, und der Hofkammer-Präsidentin v. Borsowski heute vormittag 10 Uhr am Portal der Kirche. Sie wurde vom Kommandanten des Kadettenhauses, Oberlieutenant Grafen v. Schwerin, empfangen und nahm von der Frau Major Weid die Ehrenkranz entgegen. Geh. Rat v. Wittich überreichte der Kaiserin den Kirchenführer, welchen die Kaiserin dem Hofzer des Kadettenhauses überreichte. Nach einer Begrüßung des General-Intendanten D. Erharder erfolgte Kaiser Weid die Ehre des Gottesdienstes. Bei dem Eingang in die Kirche unter Vorantritt der Geistlichkeit trat Divisions- parter Weid die Ehre der Kaiserin geleitete herrliche Altar- tische. Nach einem Vorgesang des Kadettenhauses und der We- meinde hielt D. Erharder die Weidrede über den von der Kaiserin in die Weid geschickten Spruch „Unser Glaube der Sieg.“ Nach nochmaligem Gesang und nach der von Divisions- parter Weid gehaltenen Altarrede hielt Kaiser Weid die Weidrede über den Inhalt 108. Sodann sprach D. Erharder das Schlußgebet und den Segen, nach welchem ein Choral die schöne Feier beendigte.

Der Erzbischoff von Sachsen-Meiningen ist mit der Prinzessin Hedwig heute um 1 Uhr 45 Min. in Göttinge angekommen. Nach einer Landfahrt fand unter dem Vorwort der Erzbischoff eine Konferenz der Delegierten der protestantischen Kirchen (Sachsen) von dem Königl. Hofkanzler des Königl. Reichs-Schleissens statt, wozu 73 Delegierte erschienen waren. Um 6 Uhr 30 Min. erfolgte die Rückfahrt der Erzbischoff nach Dresden.

Der Staatsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen. Der Reichsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen. Der Reichsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen.

Der Reichsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen. Der Reichsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen.

Der Reichsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen. Der Reichsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen.

Der Reichsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen. Der Reichsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen.

Der Reichsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen. Der Reichsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen.

Der Reichsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen. Der Reichsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen.

Der Reichsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen. Der Reichsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen.

Der Reichsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen. Der Reichsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen.

Der Reichsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen. Der Reichsminister von Württemberg, heute vom Vapst in einer dreitägigen Audienz empfangen.

verfolgt. Es ist aber auch wahrscheinlich, daß sie in irgend einer Form eine Verbindung für die Zukunft enthält, weil man sonst schwerlich von der früher innegehaltenen Form der Besatzung einer Provinz zurückgegriffen hätte, wie man bei der Ent- entwerfung für 1890/91 entwerfen abgesehen wäre. Die erwähnte Denkschrift entwickelte auch einen Plänenplan für mehrere Jahre, die damals geforderten Kreuzer sind indessen noch immer nicht in ihrer ganzen Anzahl bewilligt. Man will sich durch die Vorlage wohlgefühlig gegen die öffentlichen Verantwortlichen in der Zukunft sichern. Zu wünschen ist der Etat für das nächste Jahr überhaupt liberaler gehalten. Im Militär- etat werden sich zwar einige Reformvorhaben befinden, jedoch sind sie theilweise schon früher in Aussicht gestellt, theilweise Konsequenzen früher gefasster Beschlüsse.

Lieber den sachlichen Inhalt der Marinevorlage sind verbürgte Nachrichten bisher nicht in die Öffentlichkeit gedrungen, eben- wenig über den Entwurf einer Militärstraßreform, von dem man nur weiß, daß die Mühlthaler und Öffentlichkeit des Verfahrens grundsätzlich durchgeführt werden sollen. Da die kurze Zeit vom Zusammentritt des Reichstags bis zu den Weihnachtsferien zum großen Theil der ersten Teilung des Etats gelten dürfte, werden die wichtigsten Aufgaben erst im neuen Jahre gelöst werden können.

Zur letzten Sitzung des Bundesrats melde die „Post“ folgendes:

„Nach der gestrigen Sitzung des Bundesrats hat an- scheinend eine Entscheidung über das Einverständnis der Militärstraßreform noch nicht gefaßt. Das in diesen die Frage des bairischen Referats richtiges erledigt werden soll, haben wir bereits mitgeteilt. Zwischen Bayern und Preußen scheint über diesen Teil des Ent- wurfs völlige Einigkeit zu herrschen. Nichts scheint es allerdings zu sein, daß die solche zwischen den anderen Bundesstaaten und Bayern noch nicht in allen Punkten be- steht. Die wesentlichen Abschnitte, für die überhaupt eine Reform angebracht wird, werden natürlich dadurch eigentlich nicht betroffen, so daß die Auffassung wohl berechtigt erscheint, daß die Reform selbst vom Bundesrat bereits gutgeheißen worden ist. Wenn durch diese die Öffentlichkeit des Ver- fahrens quantität zu bieten, es sich auf der anderen Seite befindet, daß einen etwaigen Widerspruch dieses Reichstags eine Reihe von Punkten vorzulegen wird, die zweifellos in Interesse der Heeresdisciplin notwendig sind.“ Wenn diese „Rechnungen“ nur nicht mit den berühmten „Kom- pensationen“ verwechselt haben!

Sachsen

marßfahrt zwar noch immer nicht an der Spitze der Civiltation, hat aber einen unüberwindlichen Fortschritt gemacht mit dem seinem Landtage vorgelegten Entwurf auf Aufhebung des Ver- bindungsverbots für Vereine. Dieser Gesetzesentwurf lautet, wie schon von uns erwähnt:

„Die Verbindung von Vereinen unter einander ist zulässig. Politische Vereine dürfen mit außerdeutschen Vereinen nur mit Genehmigung des Ministeriums des Innern in Verbindung treten.“

Die Begründung lautet wie folgt:

„Nach § 24, § 25 des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsverbote enthält, vom 21. November 1848 dürfen Vereine, deren Zweck sich auf öffentliche Angelegenheiten bezieht, wenn sie sich nicht der Bestrafung und Auflösung aussetzen wollen, nur dann Zweigvereine bilden und sich mit anderen Vereinen in Verbindung geben, wenn sie das Recht der Bürgerchaft erlangt haben und ihnen jene Rechte ausdrücklich mitgeteilt worden sind. Nach dem in § 24, § 25 der Sitzung vom 17. Juni 1897 im Reichstag angenommen und der Reichsminister in der Sitzung des Reichstages vom 27. Juni 1896 auf Grund der zwischen den beteiligten Regierungen gestellten Ge- setzvorlagen die Entscheidung abgegeben hat, daß es in der Absicht der verbundenen Regierungen liegt, daß in ver- einigten Bundesstaaten für politische Vereine erlassene Verbot, mit anderen Vereinen in Verbindung zu treten, außer Wirksamkeit zu setzen, hat die Regierung in Gemäß- heit dieser Beschlüsse beschlossen, den § 24 des sächsischen Vereinsgesetzes zu ändern. Der Entwurf führt inländischen Vereinen jeder Art, also auch politischen und solchen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, die Befugnis zur Bildung von Zweigvereinen und die volle Verbindungsfreiheit mit inländischen und deutschen Vereinen. Dagegen kann die Befugnis zur Verbindung politischer Vereine mit außer- deutschen Vereinen nicht ohne weiteres ausgedehnt werden, da solche internationalen Verbindungen geeignet sein könnten, unsere inneren staatlichen Interessen, wie unsere Beziehungen zu fremden Staaten zu schädigen. Für die Fälle, wo dieser internationale Verkehr unbedenklich erscheint, löst daher das Ministerium des Innern ermöglicht sein, Genehmigung zu erteilen, als ausnehmend Bedachte ist das Ministerium des Innern angenommen worden, in diesem Falle ein einheits- liches Verfahren sicher zu stellen.“

Diese Begründung ist für Preußen noch beschämender als der Gesetzentwurf selbst. Sachsen hält sich also an die Zulage für gebunden, die der Kanzler gegeben hat, und ist bereit, sie bedingungslos zu erfüllen. Preußen dagegen, dessen Minister- präsident noch dazu mit dem genannten Kanzler eine und dieselbe Person ist, kam nachträglich mit „Kompensationen“ mit Zusätzen, die das ganze Gesetz unannehmbar erscheinen lassen müßten. Das sächsische Vorgehen involviri vielleicht die schwerste und beschämendste Kritik der preussischen Aktion, die man sich denken kann. Die „Post“ natürlich, die aus allen ihren Sinnen gefaßt ist ob der Thatsache, daß Sachsen einmal eine liberale Aemwandlung bekommen hat, sieht dieser in die Zukunft:

„Jedenfalls darf man darauf gespannt sein, wie ein solches Experiment, das das letzte preussische Vereins- und Versammlungsgebot ohne Befreiung der staatlichen Ordnung schwerlich entgegen kommen, in Sachsen ausfallen wird.“

Hieraus wäre der Reichskanzler ein Mann, der die staatliche Ordnung gefährdet; denn er hätte jenes „Experiment“ auch für Preußen einführen wollen. Wir müssen aber geteilt, daß uns für die Höhepunkte wirklich noch nicht einen solchen staats- gefährlichen Einbruch gemacht hat!

Zu der Angelegenheit schreibt jetzt noch die „Nat. Rev.“: „Man mag es auf der Hand, daß Preußen sich nicht von Sachsen ins Privatleben drängen lassen darf. Im preussischen Landtage ist auch die der Zustimmung des Herrenhauses allerdings der Weg verfehrt. Wir bringen aber in Erinnerung, daß seit der Unterzeichnung im Reichstag die Verantwortlichkeit in Rechnung gestellt worden ist, es könnten einige einzelstaatliche Regierungen — an Preußen dachte man freilich nicht — der dem Reichstag angehenden Zu- sage nicht Rechnung tragen. Hier bieten sich heraus, auf seiten der nationalliberalen Fraktion wenigstens kein Zweifel, daß die Reichsregierung dann auf dem geordneten Weg der Rücksagegebung und der Verbindungsverbote zu befehlen verpflichtet ist.“

Wenn, wie man hier herauslesen könnte, eine reichsgerichtliche Lösung geplant wäre, so würde uns das natürlich am meisten gefallen. Aber wir glauben nicht recht an eine solche Paulus- Befreiung innerhalb der Regierung!

Parlamentarisches.

* Die auch von uns wiedererlebte Notiz der „Presf. Ztg.“ über den Mangel an Sitzplätzen auf der linken Seite des Reichstags hat die „Kreuzztg.“ schwer geärgert. Mit vor Aufregung zitternder Stimme ruft sie aus:

„Wenn Herr Eugen Richter seine ungewöhnlichen Freunde durchaus auf der rechten Seite des Reichstags unterbringen will, so soll er sie doch neben die deutsch-sozialen Res- formpartei plazieren, der sie in die Höhe zu verdamnen brauchen. Die Plätze der Herren Müller und Büchel, die nur nach Berlin kommen wollen, wenn es gilt, die Marine- forderung zu finanzieren, sind ja fort heil leer und Herr Liebermann v. Sonnenberg wird Herrn Schulz doch sicherlich mit herzlicher Freude willkommen heißen.“

Solche Ausbrüche des Galgenhumors zeigen besser als alles andere an, wie tief der Verfall des Wahlrechts Westpreignitz des Herz der „Kreuzztg.“ verunruht hat.

Verwaltung und Reichsjustiz.

* Von dem geplanten Reichsamt für Produktions- statistik will die „Volksztg.“ Näheres wissen. Als Leiter des Unternehmens nenne man den früheren Unterstaatssekretär Prof. v. Meyer-Strasburg, einen erprobten Statistiker. Das Blatt kann aber versichern, daß über die Person des Leiters die Entscheidung noch aussteht; für den Fall, daß Herr v. Meyer dazu erlesen sein sollte, würde ihm auch die Professur für Statistik an der Berliner Universität übertragen werden. Dann fährt die „Volksztg.“ fort:

„Die neue Abtheilung, die dem Reichsamt des Innern formell untergeordnet, aber sonst selbständig ist, wird zunächst in enger Verbindung mit dem statistischen Institut des Innern und den einzelnen statistischen Landesämtern die Daten über die bereits verarbeiteten Produktionsstatistiken sammeln, sodann gleichartige Erhebungen veranlassen je nach den Beschaffen- heit der Korporationen, wie Handels- und Gewerbebetrieben, Anwaltschaften, die nur erachteten Produktions- faktoren, aber auch die großen freien Betriebe der In- dustrien über ihre Berichte und Aufträge senden sollen, während das Amt wieder von ihnen Material auf Erfordern erhält. Je nach Erfordern soll die Tätigkeit des Amtes erweitert werden, wobei insbesondere die Herausgabe vertrieblicher all- gemein zugänglich gemacht Veröffentlichen im Auge zu haben ist. Dies in allgemeinen Worten der Organisations- plan des Reichsamtes, der noch nicht ganz feststeht. Schon der nächste Etat soll eine vorerst bestehende Summe zu diesem Zwecke ausweisen.“

Ein solches Reichsamt würden auch wir mit Freuden begrüßen. Es könnte manche Verwirrliche zurechtweisen, solche Ansichten fortzujagen, dem Handel und Wandel werthvolle Fingerzeige geben und so nützlich und anregend wirken.

* Zur Hilleleistung bei der Vorbereitung des Materials für die Erneuerung der Handelsverträge ist im Reichsamt des Innern in der dem Geh. Oberregierungsrat Wermuth unterstehenden Abteilung ein besonderes wirtschafts- politisches Bureau eingerichtet worden. In dasselbe sind die Assessoren v. Groß und Martin berufen. Der eine bearbeitet die Zolltariffragen, während dem anderen die Auf- stellungen der Produktions- und Warenstatistik zugezogen sind.

* Zu einer ganz anderen Auffassung als vor einigen Tagen das breslauer Gericht ist jetzt das Meier-Schöffengericht in einer gleichen Frage gekommen. Am Donnerstag hatten die „Meier Neuen Nachrichten“ ein Extrablatt über die Preisesatzung in Sachen des Meier-Schöffengerichtes gedruckt und vertrieben. Der Herausgeber Meier und der Verleger Major Weid erhielten darauf einen Strafbeschl. Weid beantragte gerichtliche Einweisung. Der Vertheibiger wies auf das freibredende breslauer Urteil hin, dort habe das Gericht anerkannt, daß eine sofortige Veröffentlichung im öffentlichen Interesse liegt, und die Veröffentlichung der Sache und Drucker als straflos abgehen im Sinne der Generallösung zu betrachten sei. Das Schöffengericht bestätigte indeß den Strafbeschl und führte in der Begründung u. a. aus: Die Ver- öffentlichung des Personals in der Drucker am Sonntag ist nicht als dringend anzusehen und liegt nicht im Interesse des Publikums, denn es könne bei uns nicht als etwas Neues oder Wichtiges gelten, wenn zwischen Weiden und Lützen ein Krieg ausbräche. ()

In Berlin wurde am Sonntagabend eine von ungefähr 800 Personen besuchte Anarchistenversammlung auf- gelöst, die einer Kundgebung gegen die vor 10 Jahren erfolgte Hinrichtung von vier Anarchisten in Chicago gedenken sollte. Frau Reinhold setzte die Eingekerkerten als Wärterin lo- los, daß der überwachende Beamte die Versammlung auf Grund

des § 5 des Vereinsgesetzes ausließe. Schlichter und Kriminalbeamte waren reichlich aufgestellt, doch fand keinerlei Ausschreitung statt.

* Auf dem obersten Hofe entwerft „Luta Bonfano“ wurden gegen 100 Beamte und Arbeiter, sämtlich Polen, verhaftet. Dasselbst wurde eine Arbeiterdeputation entbitt.

* Das (schon getarnte) Ministerium des Reichs schickte in die Provinzen eine Kommission, die die Verhältnisse der Behörden an, die in Polen zu eröffnen, das das Ministerium die Angelegenheiten betriebe, insbesondere auch der Geistlichen und Lehrer sowie der Kirchen- und Schulwesen in den sogenannten polnischen (russischen) Provinzen als mit ihren allgemeinen Dienstpflichten vereinbar zu erörtern.

Soziale Angelegenheiten.

* Der Centralrat der Gewerksvereine hat folgende Beschlüsse angenommen:

1. Erheben an den Reichstag, betr. die Herabsetzung von Vertretern der Arbeitervereine als lohnverändernden Beirath bei der Ausarbeitung eines neuen autonomen 3-Partei-Vertrags sowie bei der Vorbereitung neuer Handelsverträge.
2. Anfrage beim Reichstag, betr. die arbeitserleichternden Maßnahmen in den Reichs- und Staatsbetrieben, mit besonderer Rücksicht auf die geschäftlichen Kleinbetriebe.
3. Die Petition an den Reichstag betreffend die Durchführung und Verbesserung der Arbeitergesetzgebung, vom 20. November 1896, zum Beginn der neuen Session ihrem wesentlichen Inhalt nach nochmals — diesmal auch beim Bundesrat — einzureichen, unter Hinweisung auf die neue Gesetzgebung, betreffend a) die Gründung eines Reichs-Arbeitsamtes und b) die Erziehung event. neuerliche Veränderung des § 158 der Gewerbe-Ordnung, bezugs Sicherung der Koalitionsfreiheit für die Arbeiter.
4. Vorforderung des Bundesrats an einer der in Gründung begriffenen Centralräten für internationale Arbeiterkassen und Arbeitervereine, sich mit dem Reichs- und Bundesrat zu vereinbaren für die freie berufliche Arbeitslosen-Versicherung im Gegensatz zu allen Zwangsprojekten, in allen Städten und Orten, wo es den Gewerksvereine (Christenvereine und Arbeitervereine) giebt, durch möglichst gleichzeitige öffentliche Versammlungen zu veranstalten.

Kirche und Schule.

§§ Berlin, 12. Nov. Ueber die vorläufige Regu-
lierung kirchlicher Verhältnisse seitens der Regierungen hat der Kultusminister neuerdings den Behörden ein Ministerial-
Nachdrückung zugehen lassen, in welchem folgende Beschlüsse aufgestellt sind:

Die Bestimmungen der §§ 707 bis 709, Titel XI
Allg. Landrecht und der Allerhöchsten Befehle vom
18. Febr. 1895 sind in öffentlichen Interesse, um die
rechtzeitige Ausführung der ehemaligen kirchlichen Verträge
und die Beachtung der dazu erforderlichen Geldmittel sicher zu
stellen. Zur Erreichung dieses Zweckes sind die Ver-
einbarungen mit den kirchlichen Behörden, unter
Beibehaltung des Rechtsweges eine vorläufige Entscheidung zu
treffen. Nach der zur Ausführung jener geistlichen Ver-
träge ergangenen allgemeinen Verfügungen ist zwar als
Recht festzustellen, daß vor der Ausführung des Bundes über
alle zur Sache gehörigen Verträge sich über die
Notwendigkeit, es in Rede stehenden Verträge,
über den Umfang und die Art der Ausführung,
sowie die dazu zu leistenden Beiträge eine vollständige
Bestimmung zu ergehen hat, und nur ausnahmsweise ist es
unter besonderen Umständen zugelassen, während oder
selbst nach der Vollendung des Bundes die Ausführung
der Verträge ohne vollständige Bestimmung zu regulieren.
Wenn aber ein Bund bereits ausgeführt und die Voraus-
setzungen erfüllt sind, so ist es nicht zulässig, die Verträge
aus öffentlichen Interesse an der Sache für rückwärts
erachtet und angenommen, daß die Verwaltung keinen
Vertrag habe, solche ausschließlich den Privatverträgen
angehörigen Bestimmungen in den Kreis ihrer Vernehmung
zu ziehen. Durch die Ausführung der Verträge sind die Be-
weilungen überlassen worden, ihre Ansprüche im Rechts-
wege zu verfolgen. Ich verneine die Gründe, um als
richtig anzuerkennen. Bei dem Mangel jedes öffentlichen
Interesses an der Sache kann ich es auch nicht als Auf-
gabe der Verwaltungsbehörden ansehen, nach Ausführung des
kirchlichen Bundes und nach Verzicht der Kirchen noch
eine referatmäßige Festlegung über die Notwendigkeit des
Bundes vor Erhebung der Verträge zu Gunsten derselben zu
treffen, welcher den Anspruch auf Rückzahlung der von ihm
bezahlten Beiträge gegen den angeblich dazu Verpflichteten
von Gericht geltend machen wird. Ich verneine es daher zu
überlassen sein, ohne ein solches Resultat den Behörden zu
berathen. Bei einem derartigen Erlösungsverzicht hat
auch bereits der Herr Justizminister in einem Erlaß vom
23. April 1896 in Uebereinstimmung mit meinem damaligen
Herrn Ministerpräsidenten den Reichstag für zuständig erachtet.
In dem gerichtlichen Verfahren würde der Reichstag die
Notwendigkeit des Bundes in der projektivisch zulässigen
Weise, sei es durch Berufung auf das Zeugnis oder das Gut-
achten der Verwaltungsbehörde, sei es durch Berufung
auf Zeugen und Sachverständigen darzutun kann.

* Der Verein Preussischer Volksschullehrerinnen
hat an den Reichstag eine Petition gerichtet, in welcher
eine Anleihe von 10 Millionen Reichsmark für die
Erweiterung der Volksschulen in Preußen beantragt wird.
Es möge dem Reichstag die Petition an dem
berühmten Reichstag der Reichsversammlung. In der
Petition werden daher folgende Witten ausgesprochen: 1. Die
den Lehrern gebührende Berücksichtigung möge wodurch
der Zweck ihrer einwilligen Anstellung nicht gefährdet werden.
2. Es möge den Lehrern ein privatrechtliches, über die gleiche
Berücksichtigung gewährt werden wie den unversicherten
Lehrern. 3. Es möge den Lehrern, die unterrichtungs-
bedürftige Angelegenheiten bei sich aufnehmen müssen, und den
verwitweten Lehrern mit Kindern die gleiche Berücksichtigung
gewährt werden wie den verheirateten Lehrern.

Wirtschaftsangelegenheiten.

* Der „Allg. Ztg.“ zufolge macht der Wassermangel im
Aufschießungsgebiet, wo am 10. d. 8000 Doppelquadrat
stellen, sich demnach, daß die Boden zur Verminderung
seiner Fröhenheit schreiten müßten, um nicht Kohlen auf Solde
fügen zu müssen. Auch sind anderen Gebieten, namentlich dem
Südlichen Brandenburg, wo die Wassermangel besteht, wo
durch die Wassermangel verdrängte Substanzen in große Ver-
legenheit gerathen.

* In Deutsch-Esyaun besteht eine Inzucht in Inzucht
aus drei Mitgliedern, von denen zwei, Vater und Sohn, eine
Landwirtschaft betreiben, während der dritte sich lediglich der
Jagd betreibt. Der Jagdlohn hat die Inzucht der
Abzweigung, da es nicht nachgewiesen ist, daß die Inzucht, ihre
Aufgaben nicht erfüllt habe. Es wäre interessant, zu erfahren,

welche Aufgaben diese Inzucht sich stellt und — erfüllt. Ob
die drei vielleicht Esyaun sind?

Parteienströmungen.

* Der Exzer-Ausschuß (Exzer Vorstand) des Wohl-
vereins der Deutsch-Konfessionen wird höchstwahrscheinlich
Witte Dezember zusammenzutreten.

* Gegen die Angriffe von konservativer Seite veröffentlicht
die Parteileitung der deutsch-sozialen Reformpartei
mehrmehr eine Erklärung, in der es heißt:

„Wie schon in vielen anderen Fällen ist die Agitation
der deutsch-sozialen Reformpartei auch in der Westpreußen
von den konservativen durch bekannt worden, daß man die
Gefährlichkeit durch Drohungen veranlaßt hat, uns ihre Ziele zu
verweigern, daß man uns Säle, die wir schon fest ge-
rietet hätten, abgeerben, daß man unsere Vertrauens-
männer und die Wähler eingeschüchtert hat u. dergl. m.
Weiter ist unsere Agitation durch die Kreisorganisation des
Bundes der Landwirthe unterbunden worden: man bezeichnete
den Konservativen, weil er angeblich einstimmt von den
Vertretern des Bundes aufgestellt sein sollte, von
vornherein als Bundeskandidat, statt sich unserer Agitation
gegenüber neutral zu verhalten und den Ausgang abzu-
warten. Die Bundesleitung ist nicht gegen dieses Verhalten
eingeschritten, obgleich sie von unserer Seite angerufen
worden ist.“

Zum Schluß wird in der Erklärung angekündigt, daß die
Parteileitung ihren Kandidaten bei Stichwahlen niemals em-
pfehlen werde, für den Kandidaten einer Partei zu stimmen,
die die Nationalität in großem Maße vernachlässigt hat,
oder für einen Kandidaten, der dem antinationalen als Kandidat
des Bundes der Landwirthe entgegengetreten worden ist.

Von den Parteien verlangen wir sachlichen Kampf, vom
Bunde der Landwirthe unbedingt ehrliche Neutralität, wo
sich mehrere Kandidaten gegenüberstellen, die im vollen
Umfange für die Bundesforderungen einzutreten bereit sind.“

Dem Grafen Herbert Bismarck werden die Antisemitischen
in Reichstagsabgeordneten Dresden-Mitglied der bisherigen
Abgeordneten Zimmermann entgegengetreten, die sozial-
demokratischen haben Dr. G. Stadnauer-Bein aufgestellt.

See und Marine.

* Der kommandierende Admiral, Admiral von Knorr, ist
getern vom Urlaub wieder in Kiel eingetroffen und der Admiral
Woeber, Chef der Marineleitung der Flotte, nach Kiel wieder
abgereist. So schreibt heute der „Reichs-Anz.“; das ist das
Ueber der Marineangelegenheiten, die vor vier Wochen einiges Aufsehen
erregten.

„Kant einer sonderbar Meldung aus Shanghai ginen
deutsche Kriegsschiffe nach dem Ort ab, wo jüngst die
deutsche Missionare ermordet wurden. — S. M. S.
„Admiral“, Kommandant Korvettenkapitän Wexler, ist am
2. Nov. in Yap (Karolinen-Inseln) angekommen und am 3. Nov.
nach Hongkong in See gegangen.“

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Das österreichische Abgeordnetenhaus hat nunmehr
seinen politischen Präsidenten, das österreichische Ministerium
seinen politischen Chef hat. In der Sitzung am Freitag wurde
Herr v. Abrahamowitsch, der bisherige vice-
Präsident, mit 186 von 218 abgegebenen Stimmen zum Prä-
sidenten gewählt. 7 Stimmen waren zerstreut und 125
Stimmzettel leer abgegeben worden. Abrahamowitsch wurde
von der Mehrheit für ein Jahr befristet.

Der neugewählte Präsident v. Abrahamowitsch hielt
eine Ansprache, in der er ausführte, er betrachte es als seine
erste Pflicht, zur Gründung des Parlamentarismus beizutragen.
Anschließend wurde die Erklärung des Reichstages, die
Rechtung der Reichstagsverwaltung, die Reichstagsverwaltung,
sondern eine Verwirklichung der Lage herbeizuführen ge-
eignet sei. Eine Handlung der Reichstagsverwaltung, die
Sieg oder Vernichtung einer Partei, sondern nur durch fried-
liches Einwirken erreicht werden. Dazu bedürfte es des
beiderseitigen guten Willens, doch ausdrücklich, daß
nicht nur für das öffentliche Interesse, sondern auch für das
jenige des Gegners Verhandlung sei, jenes Willens, für den
die wichtigsten österreichische Staatsbedürfnisse den dar-
über abzugeben (Zusammenkunft), auf dem zwei in hervor-
ragende Volkswissen, wenn getriggt, die Anfertigung der
Verträge nach der Reichstagsverwaltung, die Reichstagsverwaltung,
rechtlich. Vor dieser Rede hatte die genannte Rede den Senat
verlassen. Das Haus nahm jedoch die Verhandlung der
Minister anfragen wegen der Sprachverordnungen
wieder auf. Der Ministerpräsident Graf v. Badiotti ergriff
zunächst das Wort. Er erklärte, die Regierung wolle sich
nicht über die Reichstagsverwaltung an einer Regierung der Reichstagsverwaltung
auf dem Wege der Gesetzgebung betheiligen und werde, wenn
ein befristeter Antrag an Schwierigkeiten stoßen sollte und
ein Erfolg nicht zu erwarten sei, alles aufheben, um den
Streit durch bühnlichen Volkswissen, auf Grund eines
Kommissionsverfahrens im Einklang mit beiden Parteien
einem friedlichen Ende auszuführen. Das beweise, daß
die Regierung nicht im Bewußtsein sei, zu verhandeln. Der
Ministerpräsident fügt hinzu, daß er verdrüben könne, daß
das, was er heute erklärt habe, den Thatsachen entsprechen
und daß es nicht notwendig im Sinne ausgesprochen habe.
Die Regierung lasse sich in ihrer Lebenshaltung von der Be-
deutung des deutschen Volkswissens und der ihm in Oester-
reich gebührende Stellung durch keinerlei Vorgänge im
Reich erweichen; sie stehe auf dem Standpunkt, allen nicht-
deutschen Nationalitäten gegenüber gerecht vorzugehen und
erachte dies gegenüber dem deutschen Volkswissen für eine un-
erlässliche Pflicht. Nach dem Ministerpräsidenten sprach der Abg.
Zallinger (antifolische Volkspartei) für den erkrankten Ab-
geordneten Dipolac und führte aus, seine Partei habe niemals
eine Aktion gemacht oder eine Aktion zugestimmt, aus welcher
gefolgert werden könnte, daß sie die Sprachverordnungen
billige oder jene Reichstagsverwaltung nicht gutheißt, zu der die Re-
gierung, wie dies die letzte Rede des Ministerpräsidenten Badiotti
beweise, die Hand zu reichen gewillt sei. Abg. Zallinger
beantragt eine motivierte Tagesordnung, welche lautet:
„Indem das Haus eine Lösung der Nationalitäten-
und Sprachfrage nicht einseitig auf dem Wege von Verhandlungen,
sondern durch eine solche in der Wege von Verhandlungen
erachtet, geht es über die Ministeranfragen zur Tagesordnung
über.“ Weiter weist auf den radikalen Zug der Opposition
hin und sagt: „Wir aber wollen nicht Revolution, auch nicht
Gegenrevolution, sondern das Gegenteil der Revolution.“
Weiter drückt die Hoffnung auf Verbeugung geordneter
Politik und Reichstagsverwaltung, die Reichstagsverwaltung,
aus, daß der Reichstag, der überall als Friedensstiftung gewirkt
werde, auch in seinem Jubeljahre von verdienten Wählern
umgeben sein werde. (Beifall.) Abg. Dr. Kronawetter
erklärt, für die Ministeranfrage stimmen zu wollen, weil die
Regierung durch den Gehalt der Sprachverordnungen ihren
Kompetenzbereich übersteigt und weil, wenn sie selbst
ein solches Verordnungsrecht begehre, die Art und Weise, wie
sie von demselben Gebrauch macht, nicht zu billigen sei.

Die Abg. Sorik und Genossen überreichen folgenden
Antrag:

„Indem wir mit dem von der früheren Regierung und
der gegenwärtigen Regierung der Sprachverordnungen eine
eingeleitete Weg nicht einverstanden sein können, und
indem wir es bei dieser Gelegenheit für nicht zweckmäßig
halten, uns in die meritorische Behandlung der Sprach-
verordnungen einzulassen, beantragen wir, über den An-
tragtrag zur Tagesordnung überzugehen.“

Abg. Kronawetter stellt namens der verfassungstreuen
Oppositionsbewegung den Antrag, das Haus wolle, indem es das
Verhalten der Regierung in Sachen der Sprachverordnungen
nicht billigt, und indem es angeht, die seitige Regierung
in der deutschen Bevölkerung, sowie der sich mehrenden be-
dröhlenden Schwierigkeiten die Notwendigkeit auf's Nach-
drücklichste dahin ausdrücken, daß ohne Bezug Mittel
gefunden werden, die seitige politische Situation zu be-
heben, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.
Er erklärt, man müsse sagen, daß die Regierung durch ihr bis-
heriges Vorgehen dem nationalen Selbstbewusstsein des größten
Volkstheils leide. Die Regierung wäre verpflichtet gewesen,
alle Kräfte des Hauses zusammenzuführen, um den Ungen die
Sache zu klären; statt dessen hat alle Kräfte des Hauses
lohn gelast, und die wirtschaftliche und politische Prä-
ponderanz Ungarns wachse noch beständig. Die innere
politische Lage habe auch eine Milderung auf die äußere
Politik. Das Bündnis mit dem Deutschen Reich sei
nicht bloß der natürliche Zusammenhang der beiden
Reiche, sondern ein solches, das die Freiheit des Landes
eine Herzenssache des deutschen Volkes in Oesterreich,
(Kaiserlicher Reichsland.) Darüber hinausgehende Ver-
einbarungen müßten aber entschieden zurückgewiesen werden;
dem sie freieren dem Gegner bereitwillig und be-
gehrig entgegenzutreten in die Hand und verließen das
österreichische Empfinden der Deutschen. In dem Antrag
Dipolac sei ein Anzeichen zu erblicken, daß auch in diesem
Reich die Erkenntnis Platz gefinde, daß auch den Deutschen ein
Anrecht gelte und daß es einer gezielten Anwendung
bedürfte. Weiter erklärt, daß ohne einen starken und entgegen-
kommenden Schritt der Sprachverordnungen, wozu die
Friede in Oesterreich möglich sei. (Kaiserlicher Reichsland und
Kaiserlicher Reichsland.) Abg. Dr. Muz erklärt, so lange die Sprachver-
ordnungen beständen, könnten sich die Deutschen auf keine Ver-
handlungen einlassen. Die Deutschen erkennen Ausgleich mit
Ungarn als Staatsnotwendigkeit an, beschließen ihn aber, weil
sie den Ausgleich nicht als einseitig betrachten wollen.
Abg. Graf v. Diebenzucker (Wolke) führt aus, der
Umfang, daß die Deutschen nicht in die Verhandlung wegen
einer nationalen Verhandlung eintreten wollen, sei ein Ver-
weigerung, daß es sich ihnen um die Verberührung im Staat
handelt, sei aber sehr gefährlich, die einzige Art, auf
welcher die Parteien kämpfen könnten, den Parlamentarismus,
zu lähmen. (Kaiserlicher Reichsland.) Generalreder
pro, Abgeordneter Chari (deutsch-jüdisch.) erklärt,
eine Verberührung sei wünschenswert, aber nur auf gerechter
Basis. Generalreder contra, Abg. v. Serold (ungarischer)
beinhaltet die Ausfertigung der Sprachverordnungen, und
sagt, wenn der Reichstag auf so hohen Füßen stünde,
dann würde es durch die Sprachverordnungen gestört werden
können, dann wäre es um eine so schwache europäische Staaten-
konstitution traurig bestellt. Nach dem Schlußworte des
Kaiserlichen Reichsland Dr. v. Badiotti werden die Verhandlungen
gegen 17 Stunden angenommen. Vor Schluß der Sitzung
erzählten sich betriebe Szenen zwischen den Oppositions-
partei und den auf den Wänden in der Reihe der Opposition
stehenden Mitglieder der politischen Oppositionspartei, welche
für den Abend noch getrunken hatten. Die Verhandlungen
langere Zeit. Um 8 Uhr 25 Minuten schloß der Reichstag die
Sitzung. Nächste Sitzung Mittwoch.

Der Sozialdemokratische Verband hat in Abgeordnetensam-
mungen die Dringlichkeit des Aufhebung des § 14 des
Staatsstrafgesetzes (Nothverordnungsparagraf) ein-
gebracht.

In seine beschloffen in einer vertraulichen Beratung unter
dem Vorsitz des Reichstags 42 Gemeinderäte, ihr Mandat
nicht anzunehmen, und zwar wegen der den beschuldigten Ein-
führungen in ungarischen Lebensverhältnisse in der
gegen 17 Stunden angenommen. Vor Schluß der Sitzung
erzählten sich betriebe Szenen zwischen den Oppositions-
partei und den auf den Wänden in der Reihe der Opposition
stehenden Mitglieder der politischen Oppositionspartei, welche
für den Abend noch getrunken hatten. Die Verhandlungen
langere Zeit. Um 8 Uhr 25 Minuten schloß der Reichstag die
Sitzung. Nächste Sitzung Mittwoch.

Der Sozialdemokratische Verband hat in Abgeordnetensam-
mungen die Dringlichkeit des Aufhebung des § 14 des
Staatsstrafgesetzes (Nothverordnungsparagraf) ein-
gebracht.

In seine beschloffen in einer vertraulichen Beratung unter
dem Vorsitz des Reichstags 42 Gemeinderäte, ihr Mandat
nicht anzunehmen, und zwar wegen der den beschuldigten Ein-
führungen in ungarischen Lebensverhältnisse in der
gegen 17 Stunden angenommen. Vor Schluß der Sitzung
erzählten sich betriebe Szenen zwischen den Oppositions-
partei und den auf den Wänden in der Reihe der Opposition
stehenden Mitglieder der politischen Oppositionspartei, welche
für den Abend noch getrunken hatten. Die Verhandlungen
langere Zeit. Um 8 Uhr 25 Minuten schloß der Reichstag die
Sitzung. Nächste Sitzung Mittwoch.

Frankreich.

Die Deputiertenkammer nahm einen vom Senate befristeten
Antrag an, nach welchem die Bestimmungen über die
Kriminaluntersuchung in der Weise geändert werden
sollen, daß die geheime Untersuchung in Formall kommt und
stets ein Advokat dem Verhör eines Angeklagten beizu-
wohnen hat.

Das Syndikat der französischen Fortschrittsvereine über-
reichte dem Minister Sonntag eine Resolution, in welcher unter
Ausschluss der englischen Reichstagsverwaltung und die Revision ein-
seitiger Antisemitischer Lebensverhältnisse in der
Abg. bei den englisch-französischen Abg. Verhand-
lungen die durch die französischen Antisemiten erworbenen
Rechte entschieden gewahrt werden.

Italien.

Die Konferenz, welche in Venedig getreten die Aufhebung
des Vertrages des Nord-Süd-Brenner-Eisenbahnges
betreffend, hat beschlossen, daß der Zug — unter Vorbehalt der
Bestimmung der österreichischen Reichstagsverwaltung —
Wieder den größeren Fremdenverkehrsflüssen bis Venedig, und auch
einmal wöchentlich bis Brindisi gehen sollte, vorausgesetzt, daß
der Oesterreichische Lloyd für einen guten Anschluß an die
Dampfschiffe venedig-Alexandria sorgt. Man ist der Ansicht,
daß diese vorläufigen Beschlüsse endgültig genehmigt werden.
Andererseits hat der italienische Reichstag die von dem
nächsten in Frankfurt zusammenzutretenden Konferenz beauftragt
werden.

Dänemark.

Bei der Fortsetzung der Beratung im Landsting über die
Zollvorlage erklärte der frühere Ministerpräsident von
Neck-Johst, er sei mit seinen Parteigenossen über die
Vorlage nicht einig. Dem ehemaligen Ministerpräsidenten
Ertrag gegenüber bemerkte der Redner, man dürfe die von
Folletting dargebotene Hand nicht zurückweisen. Bei gutem
Willen von allen Seiten könne man zur Verständigung ge-
langen.

Chemnitzer Werkzeugmaschinen-Fabrik

vorm. Joh. Zimmermann in Chemnitz

empfiehlt sich zur Lieferung von
Ein-, Tandem-, Compound- und Triple-Expansionsmaschinen
 in allen Grössen nach dem bewährten

Dampfmaschinensystem Wheelock,

welches auf der **Industrie- u. Gewerbe-Ausstellung in Leipzig** den
höchsten Preis — die Königlich Sächsische Staatsmedaille —

vorher die **ersten Preise** auf den Ausstellungen zu **Boston, Cincinnati,**
New-York, Philadelphia und Paris erhielt.



Operngucker, Krimstecher

mit Gläsern von **unübertrefflicher**
 Wirkung empfiehlt in **reichhaltigster**
 Auswahl **billigst**

Otto Unbekannt

Gr. Ulrichstrasse 1a.

Seidenhaus Schlenner & Jacoby

Leipzig, Peterstrasse 41.

Reichhaltige Auswahl aller Arten

Sammel- und Seidenstoffe.

Bachschelde, reine Seide, Meter 90 S.
Farbige Damaste, reine Seide, Meter von 2,50 M. an.
Schwarze Seiden-Damaste, Meter von 1,75 M. an.

Specialität:

Seidenstoffe für Brautkleider. Brautschleier in jeder Grösse.

Japanische Seidentücher, gestickt, Stück von 25 S. an-
 Seidene **Haarstücher** für Damen und Herren.
 Seidene **Echarpes, Shawis, Schürzen, Unterröcke.**

Für den Winter!

- Was haben wir unserer **Stundlocht Vortheilhaftes** anzubieten:
- 1) einen **Wolfschwerer Kernflur** 124 bis 134 cm breit, **Nämmungspreis** M. 4,50 bis 5,80 per Meter;
 - 2) einen **Wolfschwerer Diagonal-Gebviets**, schöne **Farbenauswahl**, 130 cm breit M. 4,50 per Meter;
 - 3) einen **Wolfschwerer, fleckdichte Diagonal-Gebviets** 140 cm breit M. 5,20 per Meter;
 - 4) viele andere **einfarbige, melierte und gemischte Stoffe** für **Herren- und Damenanzüge, Jacketts, Mäntel und Seidenkleider** in den verschiedensten **Preislagen**.

Abgabe beliebiger **Maße** an **Nebermann**. **Verlangen Sie** vorläufige **Aufentwurf** der **Maße** und **überzeugen Sie** sich von der **Gediegenheit** und **Billigkeit** unseres **Angebots**.

Gebrüder Dold, Tuchfabrikanten, Bilingen im Schwarzwald.



Pferdestall- und Geflügelkammer- Einrichtungen

für **Zucht- und Arbeitssperde** in
 eleganter und **gediegener Ausführung**
 empfiehlt

Eisenwerk Carlshütte
 Alfeld a. d. Leine.
 Kostenanschläge auf **Wunsch**. (ad)

Fürstlich Stolberg'sches Hüttenamt

zu **Isenburg a. Harz.**

**Glaserrei und Kunstglaserrei, Maschinenfabrik,
 Walzwerk, Achsen- und Schienenmängel-Fabrik,
 Blankenschmiede.**

Gusswaren: gewöhnlicher und reich ornamentirter **Bauguss,**
Oefen, Roeststäbe, Fenster, Treppen, Geländer für **Treppen u. Brücken,**
Candeleber für **Gas- und elektrische Beleuchtung, Apparate** für **chem.**
Fabriken und Gasanstalten, Sulfat-Plammen, Retorten, Gusswasser-
Röhren, Hartguss-Räder für **Gruben, Ziegeleien, Steinbrüche, Bauunter-**
nehmer u. s. w., Hartgusswalzen, Roeststäbe u. s. w.

Kunstguss in vorzüglichster Ausführung, **Reproduction** alter
Waffen, Cassetten u. s. w. und **Herstellung** nach **eigenen Compositionen.**
Dampfmaschinen, einschlägige, **Zwillings- und Verbund-**
maschinen mit **Fractionen-Schiebersteuerung, Pumpen, als Wasser-,**
Luft-, Kohlenäure, Compressions- und Speisepumpen, hydraulische
Pressen und Pumpwerke, Bergwerksmaschinen, vollständige Einrichtungen
von Zuckerfabriken, Holzschleifereien u. s. w.

Walzisen, Schienenmängel, Wageneisen, Blank-
schmiedewaren, wie Acete, Helle, Hübnerhacken u. s. w. (ad)

Mehr zu bieten ist nicht möglich!!!

300 Stück Cuba-Pflanzer (H. Manilla-Dacon) **kosten** jetzt **nur 5 Mark**
50 Pfg. frei ins **Dans** gegen **Einkauf** oder **Adressnahme**. **500 Stück 7 Mk.**
1000 Stück nur 13 Mk. portofrei. **Gewinn:** **Umsatz** oder **Büchlein**.
Bestell und **wolfführend!** **Bestellen Sie** an
Giarenverhandlung C. Schlegel, Danzig 14.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: **W. König in Galle.**

Fabrik u. Handlung landwirthschaftlicher Maschinen.

Empfehlen und liefern die als **vorzüglich** bekannten

Rud. Sack'schen Fabrikate:

Pflüge, Drillmaschinen etc.

und unterhalten ein **bedeutendes**
 Lager darin,

Schmidt & Spiegel Halle a. S.
 30 Magdeburger Str. 59.
 desgl. in
 Hückselmaschinen,
 Göpel u. Dreschmaschinen,
 Reinigungsmaschinen,
 Schrotmühlen, Rübenschneller,
 Kartoffeldämpfer, Kartoffelquetschen,
Düngerstreumaschinen,
 Düngermühlen, Decimal- u. Viehwagen,
 Centrifugen und allen anderen **landwirthschaftlichen**
 Maschinen. **Grosses Reservehelle-Lager.**
 Reparaturen aller Art werden **sachgemäss** und **gut** ausgeführt.



G. Nauck,

Leipzig, **Brühl Nr. 43.**
 Grobes **Saer** in:
Pelzwaren

nur **eigener, streng reeller Fabrikation**
 unter **Garantie.**

Specialität:
Herren- und Damenpelze, Capes und

Alle Neuheiten der Saison.
Deckenfelle, Jagd- und Reiseartikel.
Schlitzen und Wagendecken.

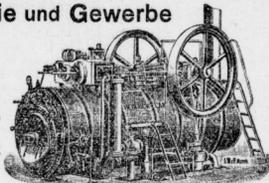
Anfertigung nach Wunsch.
Umänderungen. Reichhaltiges Stofflager.

Lokomobilen bis 200 Pferdekr.

für **Industrie und Gewerbe**

beste und
 sparsamste
 Betriebskraft
 der **Gegenwart.**

1895/96 **1191 Stück**
 verkauft.



HEINRICH LANZ, Mannheim
 und **Berlin.**

Kluge Damen kaufen nur

Mann & Stumpe's einzig echte
Mohair-Besenborde,

welche, weil **echt Mohair,** **keinen Staub** aufnimmt; jede
 Pappo trägt, um vor **Betrug** zu schützen, die **Namen** der **Erfinder**
„Mann & Stumpe“.

Nachahmungen, u. a. Primitivissima, haben in der **Borde** und
 innerem **Pflüsch** **nur Wolle,** daher **grosse Staubaufnahme**

Erich Wedekind, Civilingenieur,

Halle a. S.,

Merseburger Str. 6.

Generalvertretung

von

Gebr. Körting

Körtingdorf

bei Hannover.

Gas-, Benzin- und

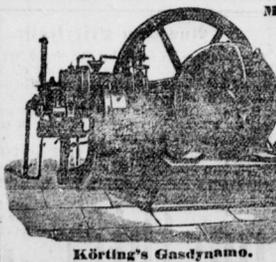
Petroleum-Motore.

Strahlapparate.

Elektrische

Anlagen.

Heizungsanlagen.



Körting's Gasdynamo.

Erstes Hallesches Sprach- Institut

Methode Berlitz.

**Englisch, Französisch,
 Italienisch.**

Gepfährte

nationale Lehrkräfte.

Anmeldungen

an der Sternstrasse 8.

Frequenz meiner Institute:

1894-1895 57 Schüler,

1895-1896 255 „

1896-1897 472 „

R. M. Schurig.

Lehranst. Damenschneiderei
System Hirsch.
 Grdl. **Ausbild.** im **Zusch.** **Schnitt-**
zeichnen und **prakt. Arbeit.** Die
 Schülerin **fertigen** eigene **Gard-**
robe. **Curse** für **Schnittzeichnen.**
Frau Rosa Frankow,
Sternstrasse 6, II.



Fürthenthal 8

Institut für Geheils- Massage und
Schönheitspflege. **Blöße Geimr.**
Einmal, 2 Mal. **Für Herren** **Form.**
von 9-12 Uhr **Damen** **von 3-6 Uhr,**
ebenso **Abende** **und moderne**
Verf.
Erstlich **Unterricht** **und Verkauf**
Simon'scher **Geheils- Massage-**
Apparate **(Säug** **gegen** **vorzeitige**
Entbindung).

Schneidreparatur **Reinigt**
Schneider & Hensch **Wohler-**
straße 59, **hält** **sich** **bei** **scheller** **und**
guter **Medicine** **bedens** **empfohlen.**

C. Hammer

42 Leipzig Str. 42.

Specialität

Regulateure

10 Rm. 1 m 10 Rm.

Verlangen **gegen** **Mad-**

nahme.

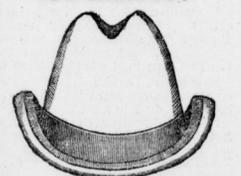
Reparaturen:

Jeder **einen** **1 M.**

Glas, Zeiger, Uhrwerke
5 10 S.

Visitenkarten
 sowie
Familienanzeigen
 liefert als **Specialität**
Hermann Köhler,
Gr. Steinstr. 15.
Anfertigung **schnell** **und** **billig.**

Neuheit!



Steifer Filzhut!

D. R. G. M. Sch. Nr. 72999

zu haben bei

Christian Voigt,

Schneeferstraße 21.

Größte Auswahl

von **neuen** und **bedenklichen** **Wädeln**
 in **Reinwand, Blausatin** und **Stoffe,**
 als: **Wädeln, Herren- und Damen**
Schleifzüge, Beritons, Kleider und
 andere **Edelstoffe, Blausatins, Zopps,**
Truncour u. andere Spiegel,
Gouffens, Steg und **ausgezeichnete,**
Stühle **jeder** **Art, Bestellungen** mit
 und **ohne** **Maßnahmen, Stoffstücke** mit
 und **ohne** **Maßnahmen, Stoffstücke** **u. b. m.**
 verkauft **billig.**

Friedrich Polleke,

Geiststraße 25.

Wird **werden** **alte** **Wädel** **teils** **mit** **in**
Reinwand **genommen.**

Die **Expositionen** der **Senat-** **Setzung**

besuchen **sich**

Gr. Berlin, Neue **Wendemann** **1** **und**
Markt 24 **(Schlagzeile).**

Halle. Druck und Verlag von Otto Denbel.

Mit **Beiflat,** **Unterhaltungsblatt** und **Bl. f. Gaus.**